

# Das Sevilla Commitment: Was kommt danach?

## Die unerledigten Aufgaben der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

von Jens Martens

Vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 fand im spanischen Sevilla die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) statt. Sie sollte nach den Worten der UN-Mitgliedsstaaten Fortschritte und Hindernisse bei der Umsetzung der Beschlüsse der drei Vorgängerkonferenzen von Monterrey (2002), Doha (2008) und Addis Abeba (2015) bewerten, Maßnahmen und Initiativen zur Überwindung der Hindernisse vereinbaren und sich mit neuen Herausforderungen angesichts der globalen Krisen befassen. Ziel war es dabei vor allem, die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu beschleunigen und Reformen in der internationalen Finanzarchitektur zu unterstützen.

Offizielles Ergebnis der FfD4-Konferenz ist die „**Verpflichtung von Sevilla**“ (*Compromiso de Sevilla* bzw. *Sevilla Commitment*). Das 42-seitige Dokument soll den globalen Rahmen für die Entwicklungsfinanzierung der kommenden Jahre abstecken. Dass das Sevilla Commitment im Konsens verabschiedet werden konnte, ist angesichts der geopolitischen Konflikte an sich schon ein Erfolg. Er war nur möglich, weil sich die USA am letzten Tag der Vorbereitungen aus dem Prozess zurückgezogen haben und auf eine Teilnahme an der Sevilla-Konferenz verzichteten.

Anspruch der Regierungen war es, in Sevilla ein ehrgeiziges Paket von Reformen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um unter anderem die Lücke bei der Finanzierung der SDGs von geschätzten 4 Billionen US-Dollar jährlich zu schließen und Investitionen in nachhaltige Entwicklung in großem Umfang zu fördern. Die Beschlüsse im Sevilla Commitment werden dem hohen Ambitionsniveau allerdings nicht gerecht. Sie bleiben überwiegend vage und unverbindlich.

Immerhin enthält das Sevilla Commitment einige konkrete Arbeitsaufträge und zeichnet politische Prozesse vor, in denen für die Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren Handlungsbedarf besteht. Zusätzlich haben die Vereinten Nationen komplementär zum Sevilla Commitment die Sevilla Platform for Action (SPA) initiiert. Sie bündelt mehr als 130 Initiativen von Koalitionen gleichgesinnter Länder, UN-Institutionen und nichtstaatlichen Akteuren, die die Umsetzung der Sevilla-Beschlüsse unterstützen und über sie hinausgehen sollen.

Dieses Briefing beschreibt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) einige der greifbaren Beschlüsse, die das Sevilla Commitment jenseits diplomatischer Gemeinplätze enthält, und skizziert, welche unerledigten Aufgaben die Staatengemeinschaft in den kommenden Jahren zu bewältigen hat, um dem selbstgesteckten Anspruch gerecht zu werden, die Finanzierung der Agenda 2030 voranzubringen, strukturelle Reformen in der internationalen Finanzarchitektur umzusetzen und einen inklusiven Multilateralismus unter dem Dach der Vereinten Nationen zu stärken.

## Der Anspruch: Ein erneuerter globaler Rahmen für die Entwicklungsfinanzierung

Die Entscheidung, eine 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) durchzuführen, war überfällig. Zehn Jahre sind seit der FfD3-Konferenz von Addis Abeba vergangen und die Rahmenbedingungen für Entwicklung haben sich seitdem für viele Länder erheblich verschlechtert. Um was es bei der FfD4-Konferenz ging, haben die Regierungen im Abschlussdokument, dem Sevilla Commitment, in klaren Worten formuliert:

„Wir treffen uns in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen, ernster geopolitischer Spannungen, Konflikte, zunehmender makroökonomischer Herausforderungen und wachsender systemischer Risiken. Die Fortschritte bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung in ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen sind stark aus dem Ruder gelaufen. Uns läuft die Zeit davon, um unsere Ziele zu erreichen und die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. Trotz erheblicher Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, auf die vielfältigen, miteinander verknüpften globalen Herausforderungen der letzten Zeit zu reagieren, hat sich die Kluft zwischen unseren Bestrebungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und der Finanzierung ihrer Verwirklichung weiter vergrößert, insbesondere in den Entwicklungsländern, und beläuft sich auf schätzungsweise 4 Billionen US-Dollar jährlich.“ (Pkt. 4)

Als Konsequenz daraus kündigten sie an, „ein ehrgeiziges Paket von Reformen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um diese Finanzierungslücke dringend zu schließen und Investitionen in nachhaltige Entwicklung in großem Umfang zu fördern.“ (Pkt. 6)

### 1. Einheimische öffentliche Mittel

Einheimische Steuereinnahmen sind die bei weitem wichtigste Finanzierungsquelle nachhaltiger Entwicklung. Schwache Fiskalsysteme, schädlicher Steuerwettbewerb sowie massive Steuerflucht und Steuervermeidung verhindern aber weiterhin die effektive Mobilisierung und Nutzung öffentlicher Ressourcen. Das Sevilla Commitment ruft die „Entwicklungspartner“ (d.h. Geberregierungen und internationale Organisationen) auf, die **Unterstützung der heimischen Einnahmenmobilisierung** für die Länder des Globalen Südens **bis 2030 mindestens zu verdoppeln** (Pkt. 27n).

Die Beschlüsse in den sieben Aktionsfeldern des Sevilla Commitments werden dem ambitionierten Anspruch allerdings kaum gerecht. Sie bleiben überwiegend vage und unverbindlich.

Entsprechend enttäuscht äußerten sich Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in ihrer **Erklärung des FfD4 Civil Society Forums**, das am 28. und 29. Juni 2025 in Sevilla stattfand. Darin stellen sie fest: „Die Zivilgesellschaft ist nach wie vor zutiefst besorgt über den mangelnden politischen Willen zu mutigen Reformen und die Blockade jeglicher echter Fortschritte in den Verhandlungen.“ Besonders gravierend sei der Widerstand gegen die Reform der internationalen Schuldenarchitektur und des Governance-Systems der Entwicklungszusammenarbeit.

Auch wenn der große Wurf ausgeblieben ist, enthält das Abschlussdokument von Sevilla immerhin einige konkrete Beschlüsse und Ansatzpunkte für die Weiterführung der FfD-Agenda. Zudem wurden im Rahmen der **Sevilla Platform for Action (SPA)** eine Reihe interessanter Initiativen angekündigt, deren Umsetzung nun ansteht. Schließlich sind zahlreiche Vorschläge und Forderungen, vor allem im Bereich der globalen Normsetzung und der Reform der Internationalen Finanzarchitektur, weiterhin relevant und sollten weiterverfolgt werden, auch wenn es für sie in Sevilla noch keinen Konsens gab.

Im Folgenden listen wir entlang der sieben Aktionsfelder des Sevilla Commitments wichtige Beschlüsse, Initiativen und weiteren Handlungsbedarf für den FfD-Prozess der kommenden Jahre auf.

Außerdem verpflichten sich die Regierungen, sich konstruktiv an den Verhandlungen über eine **UN Framework Convention on International Tax Cooperation** und ihre Protokolle zu beteiligen. Die **offiziellen Verhandlungen** dazu sollen im August 2025 beginnen und bis Ende 2027 abgeschlossen sein (Pkt. 28b).

Um die Transparenz im Bereich der Unternehmensbesteuerung zu erhöhen, sollen die Regeln für die länderbezogenen Berichte (*country-by-country reporting*) gestärkt werden, indem die Schaf-

fung einer **zentralen öffentlichen Datenbank für die länderbezogenen Berichte** weiter geprüft wird (Pkt. 28f).

Um mehr Informationen über die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen und Vermögenswerten (*beneficial ownership*) zu erhalten, sollen effektive **nationale Register wirtschaftlich Berechtigter** eingerichtet werden (Pkt. 28g).

Der politische Dialog über die **Bekämpfung illegaler Finanzströme** (*illicit financial flows*) soll gestärkt werden, indem der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) dazu regelmäßig eine Sondertagung durchführt (Pkt. 29c).

Keine Fortschritte gab es im Abschlussdokument von Sevilla bei den im Vorfeld heftig diskutierten Vorschlägen für die Besteuerung Ultrareicher (**Milliardärssteuer**) und für innovative Finanzierungsinstrumente, etwa in Form von globalen Solidaritätsabgaben (*global solidarity levies*). Im Abschlussdokument findet sich lediglich die verklausulierte Verpflichtung, „die Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung durch vermögende Privatpersonen zu verstärken und deren effektive Besteuerung zu gewährleisten, unterstützt durch internationale Zusammenarbeit, unter Wahrung der nationalen Souveränität.“ (Pkt. 27e).

Darüber hinaus gehen mehrere Initiativen, die im Rahmen der **Sevilla Platform for Action (SPA)** aufgelistet werden, darunter:

» Die **Global Solidarity Levies Task Force**. Sie wurde bereits bei der Klima-COP28 2023 ins Leben gerufen und wird von Barbados, Frankreich und Kenia geleitet. Als spezifische neue Aktion kündigt sie auf der [SPA-Webseite](#) an: „Launch of coalitions of states willing to announce coordinated implementation of global solidarity levies by COP30 in Belém. In Seville, countries will announce the formation of coalition(s) and commit to work towards COP30. During the 5 months from Seville to Belém, and with the support of the Global Solidarity Levies Secretariat, members of the coalition will refine their proposal(s) and interact with representatives from all stakeholders. In Belém, members of the coalition will announce their commitments, the timeframe of their implementation and modalities for the use of their proceeds.“

» „**Taxing the Super-rich**“. Diese Initiative der Finanzministerien Brasiliens und Spa-

niens hat das Ziel, durch koordiniertes internationales Handeln bei der Besteuerung der „Superreichen“ Fortschritte zu erzielen. Dabei nennt die Initiative folgende vier Handlungsfelder:

- Schaffung politischer Synergien bei der internationalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Besteuerung von vermögenden Privatpersonen in verschiedenen multilateralen Foren.
- Förderung und Erleichterung der Umsetzung von evidenzbasierten Reformen zur Besteuerung von vermögenden Privatpersonen in verschiedenen Ländern.
- Stärkung der regionalen Koordination der Besteuerung von vermögenden Privatpersonen.
- Bereitstellung einer Plattform für Peer Reviews bestehender Praktiken und Möglichkeiten zur weiteren Erforschung von Lösungen und zur Erzielung koordinierter, umsetzbarer Fortschritte.

» Die „**3 by 35 Initiative**“. Diese von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestartete Initiative schlägt vor, die realen Preise von drei gesundheitsschädlichen Produkten – Tabak, Alkohol und zuckerhaltige Getränke – bis 2035 durch Steuererhöhungen um mindestens 50 Prozent anzuheben. Dadurch sollen einerseits der Konsum dieser Produkte verringert und andererseits in den nächsten zehn Jahren weltweit zusätzliche öffentliche Einnahmen in Höhe von 1 Billion US-Dollar mobilisiert werden. Nach Angaben der WHO legt eine kürzlich durchgeführte Analyse nahe, dass eine einmalige Steuererhöhung, die ausreicht, um die Preise um 50 Prozent anzuheben, innerhalb von fünf Jahren weltweit sogar bis zu 3,7 Billionen US-Dollar an neuen Einnahmen generieren könnte, d. h. durchschnittlich 740 Milliarden US-Dollar pro Jahr – was 0,75 Prozent des weltweiten BIP entspricht.

Im Kapitel über heimische öffentliche Ressourcen geht es aber nicht nur um die Einnahmen, sondern auch um die Ausgaben und die Verwendung der öffentlichen Mittel. Ausdrücklich betont wird dabei die Förderung von **Gender-responsive Budgeting** (Pkt. 27g). Das zeigt immerhin, dass sich die USA nicht mit ihrer Forderung durchsetzen konnten, den Begriff „Gender“ aus dem Dokument durchgängig zu streichen.

Hervorgehoben wird auch die **Finanzierung sozialer Sicherungssysteme**. Die Länder des Globalen Südens sollen darin unterstützt werden, den Sozialschutz [social protection coverage] für ihre Bevölkerung auszubauen. Das gilt insbesondere für die Länder, die das von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorgegebene Ziel übernommen haben, den Anteil der Bevölkerung, der Zugang zu mindestens einem Element sozialer Sicherung hat, um mindestens zwei Prozentpunkte pro Jahr zu erhöhen. Auch hierfür wurde im Rah-

men der Sevilla Platform for Action eine Initiative unter dem Slogan „Financing social protection: From pledge to practice“ unter Federführung von Mexiko, Katar, der ILO und der Global Partnership for Universal Social Protection to Achieve the Sustainable Development Goals (**USP2030**) vorgestellt. Das Thema wird auch beim **zweiten Weltsozialgipfel**, der vom 4.–6. November 2025 in Doha, Katar, stattfindet, eine wichtige Rolle spielen.

## 2. Nationale und internationale Privatwirtschaft und Finanzen

Angeichts der wachsenden Kluft zwischen globalem Finanzbedarf und schrumpfenden Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (s. u.) betonten vor allem Regierungen des Globalen Nordens in den Vorbereitungen auf FfD4 die Bedeutung privaten Kapitals zur Förderung nachhaltiger Entwicklung. Das Sevilla Commitment enthält dazu zahlreiche Empfehlungen, die überwiegend appellativen Charakter haben. Sie zielen insbesondere auf die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für in- und ausländische Investitionen und die Mobilisierung von privatem Kapital, u. a. im Rahmen öffentlich-privater Mischfinanzierung (*Blended Finance*).

Die Sevilla Platform for Action listet für diesen Themenbereich 81 Initiativen auf, und damit mehr als für jedes andere der insgesamt acht Handlungsfelder. Ein Beispiel ist die Initiative **SCALED – Scaling Capital for Sustainable Development**, die von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Kanada, Großbritannien und Südafrika in Kooperation mit großen Versicherungen wie AXA, der Allianz und der Zurich Versicherung ins Leben gerufen wurde. Sie hat das Ziel neue Instrumente von *Blended Finance* zu entwickeln und zu fördern.

Im Sevilla Commitment betonen die Regierungen auch die Förderung ausländischer Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) in den ärmeren Ländern. In diesem Zusammenhang unterstützen sie die Einrichtung eines **International Investment Support Centre** für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs), die allerdings bereits bei der **LDC5-Konferenz 2023 beschlossen** worden war. Daneben kündigen sie an, die Schaffung einer **Infrastructure Investment Finance Facility** für die Binnenentwicklungsländer [landlocked developing countries] zu prüfen. Schließlich begrüßen sie die Einrichtung eines **Small Island Developing States Centre of Excellen-**

**ce**, das u. a. alle zwei Jahre ein **Island Investment Forum** veranstaltet (Pkt. 31b). Die **Initiative** für die Einrichtung eines solchen Centres geht bereits auf das Jahr 2015 zurück.

Auf harsche Kritik stießen die Beschlüsse zur privaten Finanzierung beim FfD4 Civil Society Forum. In der **Erklärung des Forums** heißt es:

„Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die zentrale Rolle, die die private Finanzierung im Verlauf der FfD-Verhandlungen eingenommen hat ... Der Ansatz ‘Private Finance First’ hat seine Versprechen nicht eingehalten und ist nach wie vor völlig unzureichend, um nachhaltige Entwicklungsergebnisse zu erzielen, die Rechte der Menschen auf Grundversorgung und die Umwelt zu schützen. ... Was ‘innovative’ Finanzierungsinstrumente wie blended finance, öffentlich-private Partnerschaften, Anleihen, debt swaps und Garantien angeht, so sehen wir, dass sie bereits knappe öffentliche Ressourcen umleiten, die dringend benötigte universelle und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen unterstützen sollten, für die öffentliche Hand teurer und riskanter sind und für die Menschen die öffentliche Verschuldung und letztlich auch die Verschuldung der privaten Haushalte erhöhen.“

Stattdessen forderten die zivilgesellschaftlichen Organisationen von den Regierungen ein klares Bekenntnis zu der Initiative für ein völkerrechtlich bindendes Abkommen, das die Aktivitäten transnational agierender Unternehmen menschenrechtlich reguliert. Verhandlungen über einen solchen **„Binding Treaty“** finden bereits seit zehn Jahren unter dem Vorsitz Ecuadors in einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates statt. Sie sind zwar nicht Teil des FfD-Prozesses, stehen aber in direktem Zusammenhang zu den Bemühungen, private Investitionen mit den

Zielen nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen. Die **11. Verhandlungsrunde** der Arbeitsgruppe wird im Oktober 2025 in Genf stattfinden.

Im Sevilla Commitment wird dieser Prozess nicht erwähnt.

### 3. Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, und dabei insbesondere die öffentliche Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA) der Mitglieder des Entwicklungshilfeausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ist weiterhin eine wesentliche Komponente der FfD-Agenda. Umso alarmierender ist der Abwärtstrend, den die ODA weltweit erfährt. Im Sevilla Commitment erkennen die Staaten die Dringlichkeit einer Umkehr dieses Abwärtstrends an und bekennen sich einmal mehr zu der 55 Jahre alten Verpflichtung, **0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die ODA** aufzuwenden (Pkt. 36b).

Dieses Bekenntnis wird von Vertreter\*innen aus dem Globalen Süden und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen aber als verlogen wahrgenommen, denn die Haushaltspläne sehen in vielen Geberländern auch für die kommenden Jahre drastische Kürzungen vor. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für die meisten europäischen Länder wie beispielsweise Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Die deutschen Regierungsparteien haben in ihrem **Koalitionsvertrag** vom Mai 2025 explizit erklärt: „Aufgrund der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, muss eine angemessene Absenkung der ODA-Quote erfolgen.“ (S. 134) Um Glaubwürdigkeit gegenüber dem Globalen Süden zurückzugewinnen, müsste diese Entscheidung im Einklang mit dem Sevilla Commitment dringend revidiert werden.

Nach **Angaben der OECD** ist die ODA bereits 2024 real um 7,1 Prozent gesunken. Für 2025 und die folgenden Jahre sind noch wesentlich drastischere Kürzungen zu erwarten, wenn nicht radikal gegengesteuert wird. Es ist zu befürchten, dass angesichts dieser Kürzungen viele Länder des Globalen Südens zu Sparmaßnahmen gezwungen sein werden.

Im Vorfeld von Sevilla hatten Länder der G77 und zivilgesellschaftliche Organisationen genau das Gegenteil gefordert. Sie plädierten für eine rechtliche Verankerung der ODA in der Hoffnung, dass dadurch die bisherigen Lippenbekenntnisse zum

0,7-Prozentziel einen höheren Grad an Verbindlichkeit erhalten. **Sambia** hat beispielsweise vorgeschlagen:

„Agree on a **UN Convention on International Development Cooperation**, including establishing a mechanism for the fulfilment of the trillions in unmet ‘aid debt’ owed to the Global South through decades.“

Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich im Vorfeld der Sevilla-Konferenz für eine solche Konvention ausgesprochen, darunter zum Beispiel **Eurodad**.

In ähnlichem Sinne fordern viele Länder der G77, das **„Recht auf Entwicklung“** (*Right to Development*) in einer völkerrechtlich bindenden Konvention zu verankern, die auch die „Pflicht zur Kooperation“ umfasst. Sie haben dazu bereits im Oktober 2023 eine Resolution im UN-Menschenrechtsrat eingebracht, die dort mit Mehrheit (gegen die Stimmen der USA und der europäischen Länder) angenommen wurde (**Res. A/HRC/54/L.27**). Sie enthält im Anhang einen konkreten Entwurf für eine solche Konvention. Der nächste Schritt ist die Behandlung des Vorschlags in der UN-Generalversammlung.

Wesentlich grundsätzlichere Vorschläge zur langfristigen Entwicklungsfinanzierung kommen seit einigen Jahren von den Befürwortern des Konzepts der Globalen Öffentlichen Investitionen (**Global Public Investment**, GPI). Sie plädieren für einen fundamental neuen Ansatz der Entwicklungsfinanzierung, der das klassische Geber-Nehmer-Verhältnis überwindet, indem einerseits alle Länder zur Finanzierung beitragen, aber andererseits auch alle Akteure gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt werden, insbesondere die Länder des Globalen Südens. Im Zentrum steht dabei die Mobilisierung öffentlicher Mittel zur Finanzierung Globaler Öffentlicher Güter.

In Sevilla haben sich unter dem Slogan „Coalition to Build Support for Global Public Investment: A New Approach to Finance Global Challenges“ verschiedene Akteure, darunter der Club de Madrid

und die Regierung Kolumbiens, zusammenge-  
tan, um die **GPI-Seville Platform for Action (GPI-SPA)** zu gründen. Geplant ist ein mehrjäh-  
riges Programm, um in weltweiten Politikdialogen  
und Konsultationen das GPI-Konzept zu diskutie-  
ren und politische Unterstützung zu mobilisieren.  
2026 soll das Pilotmodell für einen GPI-Fonds ge-  
schaffen werden, bis 2028 soll ein formeller Vor-  
schlag formuliert werden, um GPI in die Struktu-  
ren der globalen finanziellen Governance zu inte-  
grieren.

#### 4. Internationaler Handel als Motor der Entwicklung

Das Thema Handel spielt im FfD-Prozess traditio-  
nell nur eine Nebenrolle. Vor allem die Länder des  
Globalen Nordens bestehen darauf, dass Entschei-  
dungen dazu in der zuständigen Welthandelsorga-  
nisation (WTO) gefällt werden. Da diese allerdings  
seit Jahren weitgehend handlungsunfähig ist, haben  
sich Handelsverhandlungen eher auf die bilaterale  
und regionale Ebene verlagert. Angesichts der aku-  
ten protektionistischen Tendenzen und unilatera-  
len Aktionen im Welthandel beschwört das Sevilla  
Commitment vor allem die Stärkung des „regel-  
basierten, diskriminierungsfreien, offenen, fairen,

Der geeignete Ort zur Diskussion all dieser The-  
men könnte innerhalb der Vereinten Nationen  
das **Development Cooperation Forum (DCF)**  
sein. Es findet seit 2007 alle zwei Jahre statt, ist  
allerdings bislang politisch schwach. Das Sevilla  
Commitment sieht vor, das DCF zu „revitalisie-  
ren“ (Pkt. 40d), ohne dies allerdings näher auszu-  
führen. **Vorschläge** dafür gibt es seit längerem aus  
der Zivilgesellschaft.

integrativen, gerechten und transparenten multi-  
lateralen Handelssystems mit der Welthandelsorga-  
nisation im Zentrum.“ (Pkt. 43a).

Eine der wenigen konkreteren Entscheidungen  
in diesem Kapitel zielt auf die Unterstützung von  
Bemühungen zur Reform des umstrittenen Inves-  
tor-Staat-Streitschlichtungsverfahrens in Handels-  
und Investitionsabkommen (Pkt. 43l). In diesem  
Zusammenhang wird die Einrichtung eines **Advi-  
sory Centre on International Investment Dis-  
pute Resolution** unterstützt.

#### 5. Verschuldung und Schuldentragfähigkeit

Die Verschuldungssituation vieler Länder des Glo-  
balen Südens hat sich in den letzten zehn Jahren  
massiv verschlechtert. „*Das Problem der Staatsver-  
schuldung ist zu einem der größten Hindernisse für die  
Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung geworden,*“  
konstatieren die Regierungen daher in Sevilla  
(Pkt. 47).

In den Verhandlungen vor der Konferenz gab es  
heftige Kontroversen über verbindlichere Formen  
globaler Schuldenregulierung unter dem Dach der  
Vereinten Nationen. **Pakistan, Ägypten und Ni-  
geria** forderten beispielsweise, Verhandlungen über  
ein „multilateral legal framework for debt restruc-  
turing“ einzuleiten. Außerdem sprachen sie sich  
für einen „multilateral sovereign debt workout  
mechanism“ sowie die Errichtung einer „global  
debt authority“ aus, die diesen Mechanismus be-  
aufsichtigen soll. Die Forderungen wurden unter  
anderem auch von der **Afrikanische Gruppe** und  
der Gruppe der **LDCs** unterstützt. Bei EU, Groß-  
britannien und den USA stießen die Vorschläge auf  
harsche Ablehnung.

Im Sevilla Commitment blieb nun lediglich (aber  
immerhin) der Verweis auf die bereits im Zukunfts-  
pakt vorgesehene „Überprüfung der Architektur  
der Staatsverschuldung“ und die Ankündigung

„*Wir werden einen zwischenstaatlichen Prozess bei  
den Vereinten Nationen einleiten, um Empfehlungen  
für die Schließung von Lücken in der Schuldenarchitek-  
tur zu machen und Optionen für die Tragfähigkeit der  
Schulden zu prüfen (...).*“ (Pkt. 50f)

Die EU hat sich allerdings nach Verabschiedung  
des Sevilla Commitment am 17. Juni 2025 auch  
von diesem abgeschwächten Beschluss explizit di-  
stanziert.

Daneben enthält das Schuldenkapitel eine Reihe  
von Beschlüssen, die zumindest minimale Fort-  
schritte bedeuten. So wird der UN-Generalsekretär  
aufgefordert, eine **Arbeitsgruppe** gemeinsam mit  
IWF und Weltbank einzurichten, die Vorschläge  
für ein konsolidiertes Set von **freiwilligen Leit-  
prinzipien für die verantwortungsvolle Kredi-  
taufnahme und -vergabe** durch Staaten sowie  
Vorschläge für ihre Umsetzung formulieren soll.

Die **UNCTAD Principles on Promoting Responsible Sovereign Lending and Borrowing** sollen dafür unter anderem die Grundlage bilden. Ein Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe soll beim FfD Forum 2026 und das Abschlussergebnis beim FfD Forum 2027 präsentiert werden.

Um die Stimme der Schuldnerländer in der globalen Schuldenarchitektur zu stärken, soll eine **Platform for Borrower Countries** eingerichtet werden. Die Vereinten Nationen sollen als Sekretariat dieser Plattform fungieren (Pkt. 48i).

Ein gravierendes Problem bei der Bewältigung von Schuldenkrisen ist die mangelnde Transparenz über die Verschuldungssituation der betroffenen Länder. Dem soll nun entgegengewirkt werden, indem die bestehenden Datenbanken im Verschuldungsbereich zu einem **Global Central Debt Data Registry** unter dem Dach der Weltbank zusammengefasst werden (Pkt. 48c).

Um auf externe Schocks, etwa infolge Umweltkatastrophen oder Pandemien besser reagieren zu können, soll die Aufnahme von **Klauseln in offiziellen Kreditverträgen** (*state-contingent clauses*) gefördert werden, etwa in Form von *climate-resilient debt clauses* oder *debt-pause-clauses* (Pkt. 48d). In diesem Zusammenhang hat sich in Sevilla auch eine **Debt "Pause Clause" Alliance** gebildet, mit der sich mehrere multilaterale Entwicklungsbanken

und einige Gläubigerländer (Kanada, Frankreich, Spanien, Großbritannien) verpflichten, „Pausenklauseln“ in ihre Kreditverträge aufzunehmen, damit die Schuldendienstzahlungen in Krisenzeiten ausgesetzt werden können.

Aus Sicht vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen werden die Beschlüsse von Sevilla der Dringlichkeit der globalen Schuldenprobleme und der besonderen Verantwortung der Gläubigerländer bei weitem nicht gerecht. In der **Erklärung des FfD4 Civil Society Forum** heißt es dazu unter anderem:

„Wir bedauern zutiefst, dass die Gläubigerländer während der Verhandlungen, vor allem in der Schlussphase, die verbleibenden ehrgeizigen Ziele des Abschlussdokuments in Bezug auf die Verschuldung praktisch abgeschwächt haben, nur um sich am Ende von Absatz 50 (f) zu distanzieren, in dem der zwischenstaatliche Prozess gefordert wird.“

Sevilla ist jedoch nicht der Endpunkt. Wir werden uns weiterhin engagieren und die Bemühungen der Regierungen des Globalen Südens unterstützen, die versuchen, ehrgeizige und positive Ergebnisse in Bezug auf die Verschuldung im Hinblick auf eine umfassende Reform der Schuldenarchitektur durch eine UN-Konvention über Staatsverschuldung zu erreichen (...).“

## 6. Internationale Finanzarchitektur und systemische Fragen

Die internationale Finanzarchitektur leidet unter einem Reformstau. Zentrale Institutionen, wie der IWF und die Weltbank wurden seit ihrer Gründung 1944 nicht hinreichend der veränderten weltpolitischen Lage angepasst. Die Länder des Globalen Südens blieben in ihnen unterrepräsentiert. Seit der ersten Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 betonten die Regierungen daher die Notwendigkeit von Reformen der Global Economic Governance und der Stärkung von Stimme und Repräsentanz der Länder des Globalen Südens in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen.

Im Vorfeld der Sevilla-Konferenz hatten vor allem die Länder des Globalen Südens und zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Forderungen nach grundlegenden Reformen der Internationalen Finanzarchitektur wiederholt. Wesentliche Positionen sind zum Beispiel zusammengefasst in dem zivilgesellschaftlichen Report vom Oktober 2024

### **Building new foundations: Reimagining the International Financial Architecture.**

Im Sevilla Commitment spiegeln sich die Forderungen nach grundlegenden Reformen kaum wider. Es enthält vor allem Appelle und Empfehlungen an die Adresse von IWF und Weltbank, das **System der Stimmrechte** zu reformieren, indem zum Beispiel im Rahmen der **Überprüfung der Quoten** (*General Review of Quotas*) im IWF die Basisstimmen erhöht werden (Pkt. 53b). Außerdem wird empfohlen, die **Executive Boards** der Internationalen Finanzinstitutionen, insb. von IWF und Weltbank, zu erweitern, um den Anteil der Länder des Globalen Südens zu steigern (Pkt. 53d). Bemerkenswerterweise wird ausdrücklich ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter in den Executive Boards aller internationaler Organisationen angestrebt („*We aim to achieve gender balance in the executive boards of all international organizations (...)*“).

Für die Allokation von **Sonderziehungsrechten (SZR)** des IWF wird lediglich die Empfehlung an die Adresse der reicheren Länder wiederholt, freiwillig mindestens die Hälfte der SZR an die Länder des Globalen Südens weiterzuleiten (*Rechanneling*), auch über Multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs) (Pkt. 54i). Außerdem wird der IWF eingeladen, ein Handbuchs für Sonderziehungsrechte (*Special Drawing Rights Playbook*) auszuarbeiten, das operative Leitlinien enthält, um die Rolle von SZR in Krisen- und Schocksituationen zu stärken (Pkt. 54j).

Mit Blick auf die umstrittene Rolle von Ratingagenturen (Credit Rating Agencies) konnten sich die Regierungen in Sevilla lediglich darauf einigen, regelmäßig ein spezielles hochrangiges Treffen des ECOSOC zu dem Thema durchzuführen (*Special High-level Meeting on Credit Ratings*). Bei ihm sollen unter anderem gute Beispiele für die Regulierung von Ratingagenturen ausgetauscht werden (Pkt. 55a).

Mit Blick auf die Risiken, die mit den Aktivitäten von Finanzinstitutionen außerhalb des formalen Bankensektors, insbesondere der großen **Vermögensverwaltungsfirmen**, verbunden sind, wird der Financial Stability Board aufgerufen,

Politikempfehlungen zu formulieren, um die Resilienz dieser Institutionen zu erhöhen (Pkt. 56b) – eine Empfehlung, die der Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung des Schattenbankensektors aber bei weitem nicht gerecht wird.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sehen bei der Reform der Internationalen Finanzarchitektur weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. In der **Erklärung des FfD4 Civil Society Forum** nennen sie für den FfD-Prozess nach Sevilla insbesondere folgende drei Bereiche:

- 1) Die umfassende Überprüfung der Mandate und Governance-Strukturen der IFI/MDBs.
- 2) Die umfassende Überprüfung und Reform des globalen Reservesystems mit besonderem Augenmerk auf die Rolle und die Ausgabemodalitäten von SZR.
- 3) Einrichtung einer zwischenstaatlichen Kommission unter dem Dach des ECOSOC zur Regulierung, Überwachung und Rechenschaftspflicht von Ratingagenturen (CRAs) und zur Sondierung der Einrichtung einer internationalen öffentlichen Ratingagentur bei den Vereinten Nationen.

## 7. Wissenschaft, Technologie, Innovation und Capacity Building

Der Zugang zu innovativen Technologien ist eine wichtige Voraussetzung, um die erforderlichen Fortschritte in der sozial-ökologischen Transformation zu erzielen. Vor diesem Hintergrund registrieren die Regierungen „mit großer Besorgnis, dass sich die Lücken in den Bereichen Innovation, Produktion, Konnektivität und Zugang zu Technologie weiter vertiefen (...)“ (Pkt. 58).

Sie ziehen im Sevilla Commitment daraus aber nicht die notwendigen Konsequenzen, sondern beschränken sich weitgehend darauf, bestehende Initiativen und Institutionen zu bestätigen. So erklären sie ihre verstärkte Unterstützung für das **Multi-Stakeholder Forum on Science, Technology and Innovation for the SDGs (STI Forum)**, die **UN Commission on Science and Technology for Development (CSTD)** und andere internationale Plattformen (Pkt. 59o).

Zur Finanzierung verpflichten sie sich unter anderem, den **Technology Facilitation Mechanism** und die **Technology Bank für die LDCs**

mit adäquaten Ressourcen auszustatten – allerdings auch dies auf freiwilliger Basis (Pkt. 59n).

Nicht ins Sevilla Commitment aufgenommen wurde die zivilgesellschaftliche Forderung nach einem **UN intergovernmental Global Technology Assessment Mechanism**. Sie bleibt auch für die Zeit nach Sevilla relevant. Nach den Worten des **FfD4 Civil Society Forums** sollte

„ein solcher Mechanismus breit angelegt, transparent, inklusiv und zugänglich sein und partizipatorische Technologie-Risikobewertungen ermöglichen, die diejenigen einbeziehen, die von den digitalen Technologien betroffen sein werden – insbesondere Frauen, Arbeitnehmer, Menschen mit Behinderungen und marginalisierte Gemeinschaften im Globalen Süden. Diese Bewertungen sollten vor und während der Entwicklung und Einführung neuer Technologien stattfinden und deren ökologische, soziale, wirtschaftliche und menschenrechtliche Auswirkungen berücksichtigen.“

## Monitoring und Follow-up

Für den Erfolg der FfD4-Konferenz waren zwei Faktoren entscheidend: Erstens hätten die Regierungen überprüfbare Schritte vereinbaren müssen, um dringend benötigte zusätzliche Finanzmittel zu mobilisieren und überfällige Strukturreformen zu initiieren. Dies ist weitgehend ausgeblieben. Die reine Annahme des Sevilla Commitments hat die SDG-Finanzierungslücke um keinen Euro verkleinert und keinen einzigen tangiblen Schritt zur Reform der internationalen Finanzarchitektur gemacht. Sie hat lediglich zahlreiche politische Vereinbarungen mit verschiedenen Verbindlichkeitsgraden gebracht. Das Sevilla Commitment an sich ist lediglich ein Output eines Politikprozesses, aber noch nicht wirklich ein Outcome, der nachhaltige Entwicklung wirksam befördern würde.

Weil das so ist, hätte die Konferenz sich auf Verfahren und Governance-Arrangements einigen müssen, um im Follow-up-Prozess die Umsetzung der Beschlüsse überwachen und bewerten zu können. Doch auch hier wurde weitgehend der Status Quo bestätigt, auch wenn sich die Regierungen im Sevilla Commitment verbal zu einer Stärkung des Follow-up Prozesses bekennen (*“Strengthened monitoring and follow-up is vital to ensuring sustained progress on financing for development“*, Pkt. 65). Im Zentrum des Follow-up-Prozesses stehen weiterhin drei Gremien:

- » Das **ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up**. Es tagt jährlich im April für eine Woche, um die Umsetzung der FfD-Beschlüsse zu diskutieren. Das FfD-Forum soll zwischenstaatlich ausgehandelte Schlussfolgerungen und Empfehlungen dem High-level Political Forum (HLPF) vorlegen, das die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele überwacht. Es soll künftig die FfD-Themen in einem Zweijahreszyklus behandeln. 2026 stehen die Aktionsfelder Privatwirtschaft, Handel, Internationale Finanzarchitektur und systemische Fragen sowie Daten, Monitoring und Follow-up auf der Agenda. Im Jahr 2027 folgen die Aktionsfelder heimische öffentliche Ressourcen, internationale Entwicklungszusammenarbeit, Schulden sowie Wissenschaft und Technologie.
- » Die **Inter-Agency Task Force on Financing for Development (IATF)** soll weiterhin die Mitgliedstaaten mit aktuellen Daten und Analysen zur Entwicklungsfinanzierung versorgen. Das geschieht u.a. in Form des jährlichen Finan-

cing for Sustainable Development Reports. Das FfD-Büro innerhalb von UN DESA fungiert als Koordinator der IATF.

- » Der **General Assembly High-level Dialogue on Financing for Development** soll weiterhin alle vier Jahre für einen Tag unmittelbar nach dem SDG-Gipfel veranstaltet werden, das nächste Mal also im September 2027.

Um das Follow-up auf nationaler Ebene zu stärken, wird vorgeschlagen, nationale **FfD-Focal Points** einzusetzen und die Einrichtung **interministerieller FfD-Plattformen** in Erwägung zu ziehen, um die Politikkoordination zu verbessern.

Auf weitergehende Schritte zur Stärkung der Vereinten Nationen, insbesondere ihrer vor allem aus dem Kreis der G77 geforderten stärkeren Koordinierungsrolle in der internationalen Finanzarchitektur, konnten sich die Regierungen nicht einigen.

Auch das im **Zukunftspakt** (Aktion 48) auf Vorschlag des UN-Generalsekretärs vorgesehene alle zwei Jahre stattfindende Gipfeltreffen der Vereinten Nationen und der internationalen Finanzinstitutionen (*Biennial Summit*) wird im Sevilla Commitment nicht erwähnt.

Wichtig werden im weiteren FfD-Prozess Verhandlungen, Beratungen und weitere Konferenzen zu einzelnen Aspekten der FfD-Agenda sein. Dazu zählen in nächster Zeit insbesondere

- » Die Verhandlungen über eine **UN Framework Convention on International Tax Cooperation** und ihre Protokolle, die im August 2025 in New York beginnen.
- » Die Beratungen über Maße und Indikatoren für nachhaltige Entwicklung jenseits des Bruttoinlandsprodukts (BIP). UN-Generalsekretär António Guterres hat zum Thema *„Beyond GDP“* im Mai 2025 eine **hochrangige Expert\*innengruppe** eingesetzt. In Sevilla hat sich zur Unterstützung die **Beyond GDP Global Alliance** gebildet, in der unter anderem Spanien, die OECD und UCTAD mitarbeiten.
- » Der **2. Weltgipfel für soziale Entwicklung** (2nd World Summit for Social Development, WSSD2), der in Doha, Katar stattfinden wird.

Bei ihm stehen unter anderem am Fragen der Finanzierung von Armutsbekämpfung und sozialer Sicherung auf der Tagesordnung.

Das Sevilla Commitment sieht vor, dass im Jahr 2029 **über die Notwendigkeit einer weiteren FfD-Konferenz (FfD5)** beraten wird (Pkt. 65g). Angesichts der unerledigten Aufgaben zeichnet sich schon heute ab, dass eine weitere Konferenz dringend erforderlich sein wird. Sie wird auch in den Diskussionen und Beschlüssen über die **Post-2030-Agenda** eine essenzielle Rolle spielen. In einem optimistischen Szenario sind die politischen

Rahmenbedingungen für eine solche Konferenz nach dem Jahr 2029 dann möglicherweise besser, als sie es bei der Konferenz von Sevilla waren. Das darf natürlich nicht bedeuten, die Hände bis dahin in den Schoß zu legen und auf bessere Zeiten zu warten. **Shari Spiegel**, die Direktorin für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung im UN Department of Economic and Social Affairs (UN-DESA) stellte fest: *“Sevilla is a moment in time. It is really the beginning, not the end of the process.”* Und der Prozess der Umsetzung und Weiterentwicklung des Sevilla Commitments beginnt jetzt.

## Weitere Informationen

**Financing for Sustainable Development Webseite der UN:** <https://financing.desa.un.org/>

**Webseite der FfD4-Konferenz in Sevilla:** <https://financing.desa.un.org/ffd4>

**Sevilla Commitment:** <https://docs.un.org/A/CONF.227/2025/L.1>

**Sevilla Platform for Action:** <https://financing.desa.un.org/ffd4/sevilla-platform-action>

**Declaration from the FfD4 Civil Society Forum:**

<https://csoforffd.org/resources/declaration-from-the-ffd4-civil-society-forum>

**Webseite des Civil Society Financing for Development Mechanism:** <https://csoforffd.org/>

**Informationen des Global Policy Forums Europe zu Entwicklungsfinanzierung und Steuergerechtigkeit:**

[https://www.globalpolicy.org/de/entwicklungsfinanzierung\\_und\\_steuergerechtigkeit](https://www.globalpolicy.org/de/entwicklungsfinanzierung_und_steuergerechtigkeit) (deutsch)

[https://www.globalpolicy.org/en/issues/development\\_finance\\_and\\_tax\\_justice](https://www.globalpolicy.org/en/issues/development_finance_and_tax_justice) (engl.)

**Plattform Transformative Finanzpolitik:** <https://ptf.forumue.de/>

## Impressum

### Das Sevilla Commitment: Was kommt danach?

Die unerledigten Aufgaben der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

#### Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Bodo Ellmers

**Autor:** Jens Martens

**Mitarbeit und Redaktion:** Bodo Ellmers und Julia Hanne

**Gestaltung:** www.kalinski.media

Bonn, Juli 2025

Dieses Briefing Paper ist Teil des Projekts „Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung“ des Global Policy Forum Europe e.V., gefördert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

**giz** Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Für die Inhalte dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von GIZ und BMZ wieder.